



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 39; Dezember 2005

Liebe Leserin, lieber Leser,

In der für dieses Jahr letzten Plenarsitzung des Europäischen Parlaments standen eine Vielzahl wichtiger Themen auf der Tagesordnung, z. B. die Debatte zum Haushalt 2006. Dieser wird sich auf 1,01% des Bruttonationaleinkommens der EU belaufen, was 111,969 Mrd. Euro entspricht. Des Weiteren stand ein umstrittener Bericht zur Vorratsspeicherung von Kommunikationsdaten auf der Tagesordnung. Grundsätzlich unterstützt das EP dieses Ziel; wichtig ist uns jedoch der Datenschutz, denn wir wollen schließlich keinen Überwachungsstaat!

Ebenfalls behandelt wurden zwei wichtige Verkehrsthemen: Zum einen die Revision der Wegekosten-Richtlinie "Eurovignette"). Parlament und Rat konnten sich hier im Vorfeld auf Kompromisse zur Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch Lkw verständigen. Zum anderen befassten wir uns mit den Rechten behinderter Menschen ("Personen mit eingeschränkter Mobilität") bei Flugreisen.

Am Mittwoch verliehen wir den diesjährigen Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments für geistige Freiheit. Der Preis geht an die "Damen in Weiß" aus Kuba (denen allerdings die kubanische Regierung die Ausreise zur Entgegennahme unserer Ehrung verweigert hatte), an Hauwa Ibrahim aus Nigeria sowie an die Organisation "Re-

porter ohne Grenzen". Der Sacharow-Preis wird vom EP seit 1988 jährlich verliehen und ist mit 50.000 Euro dotiert.

In Vorbereitung des Gipfeltreffens der europäischen Staats- und Regierungschefs zum Abschluss der (unsäglichen!) britischen Ratspräsidentschaft griff Kommissionspräsident Barroso in schärfster Weise die Britische Regierung an: Er warf ihr verantwortungslose Selbstbedienungsmentalität auf dem Rücken der übrigen Mitgliedstaaten vor. Und dies zu Recht, denn die Briten predigen Wein, servieren selbst aber Essig! Sie zeigten sich in den vergangenen Wochen und Monaten als extrem egoistisch und versuchen mit ihren geradezu teuflischen Vorschlägen für den nächsten Finanzplanungszeitraum der EU (2007 - 2013), die Europäische Staatengemeinschaft zu spalten!

Eurovignette

Nach wiederholter Aufforderung durch das Europäische Parlament, die Mitgliedstaaten und den Europäischen Rat und hatte die Kommission 2003 einen Vorschlag zur Änderung der "Richtlinie 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge" vorgelegt. Darüber das Nach der nun erfolgten Zweiten Lesung im EP dürfen die Mitgliedstaaten. Maut- und/oder Benutzungsgebühren für Fahrzeuge ab 12 t Gesamtgewicht beibe-

halten oder einführen. Ab 2012 gilt diese Richtlinie auch für Lkw mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t.

Die Europäische Kommission wurde verpflichtet, innerhalb von 5 Jahren ein Modell für die monetäre Bewertung der Folgekosten des Straßengüterverkehrs, etwa für Luftverschmutzung oder Unfallfolgen, zu entwickeln. So können diese Kosten theoretisch in Zukunft auf die Mautkosten aufgeschlagen werden (Internalisierung der externen Kosten).

Sammlung und Recycling von Batterien

Das Europäische Parlament beschloss zahlreiche Änderungen am Gemeinsamen Standpunkt des Ministerrates zur "Richtlinie über Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Alttakkumulatoren". Wir verlangen u.a. die Verbesserung der Umweltverträglichkeit von Batterien, die Entwicklung neuer Recycling- und Behandlungstechnologien, Kampagnen zur Aufklärung der Öffentlichkeit sowie die Sammlung, das Recycling und die umweltverträgliche Entsorgung von "historischen Abfällen", also von noch existierenden "alttütümlichen" Batterien und Akkumulatoren..

Einigung zur Energieeffizienz

Vor dem Hintergrund des Rückgangs der Energieressourcen bei gleichzeitig weltweit steigendem Energiebedarf wird es immer wichtiger, Energie zu sparen bzw. effizienter zu nutzen. Laut wissenschaftlicher Studien kann der Gesamtverbrauch an Endenergie in der EU ohne Einschränkung des Komforts oder des Lebensstandards allein durch mögliche Energieeinsparungen bis 2010 um 20 % bis 30 % gesenkt werden.

Das EP nahm nun mit großer Mehrheit einen Kompromiss in Zweiter Lesung an. Dieser sieht vor, dass die Mitgliedstaaten neun Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie 9 % der Energie einsparen, die an den End-

verbraucher verteilt oder verkauft wird. Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Jahre Zeit, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen, d.h. nun muss der Deutsche Bundestag "nachziehen".

Flugreisende mit eingeschränkter Mobilität

Diese Verordnung soll sicherstellen, dass körperlich behinderten Reisenden nicht ungerechtfertigterweise die Beförderung in einem Flugzeug verweigert wird. Dies ist zunehmend der Fall bei Billigfluglinien, die sich mögliche Zusatzkosten ersparen wollen. Dadurch, dass nun die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche der Flughäfen und der Luftfahrtunternehmen festgelegt werden, sollen "Personen mit eingeschränkter Mobilität" bei Flugreisen kostenfrei alle erforderliche Hilfe erhalten. Die Flughäfen können den Luftfahrtunternehmen die entstehenden Kosten in Rechnung stellen.

Vorratsdatenspeicherung

Das EP erleichtert die Bekämpfung und Verfolgung schwerer Straftaten durch die Speicherung und Auswertung von Telefonaten, SMS-Kurzmitteilungen und Internetnutzung. Daten können für mindestens sechs Monate und höchstens zwei Jahre gespeichert werden. Nicht gespeichert werden dürfen gesprochene oder geschriebene Texte.

Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, wünsche ich frohe und friedvolle Weihnachten sowie ein gesundes, glückliches Neues Jahr!

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Rückfragen bitte an mein Büro in Brüssel:

Tel. +32 (0)2 284 73 83

E-mail: rsommer@europarl.eu.int